



Österreich



Kärnten/Koroška: Ein Bundesland ganz rechts?

40% der Stimmen und mehr für Rechtsextreme, Kerzenmeer an der Unfallstelle von Jörg Haider, Unterdrückung der SlowenInnen... Ist Kärnten an sich rechts? Und muss das immer so bleiben? Die SPÖ trägt eine große Verantwortung für den Aufstieg des Jörg H. Aber es gibt auch ein anderes Kärnten.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Zauberformel Kurzarbeit

Der ÖGB verkauft Kurzarbeit als taugliches Mittel um "die Menschen im Betrieb zu halten und den Einkommensverlust gering zu halten". So werden Arbeitsplätze vernichtet und immer mehr Menschen arm trotzt Job.

SEITE 3

Schwerpunkt



Wir wollen eine andere Gesellschaft!

VORWÄRTS setzt sich mit verschiedenen historischen Modellen und Versuchen für eine andere Gesellschaft auseinander. Den Gründe, für eine solche zu sein, gibt es genug.

SEITEN 4/5

Internationales



Wird Zwentendorf jetzt angeworfen?

Der Gastreit und die Energiekrise in der EU Ende 2008/Anfang 2009 hat der Atomlobby Rückenwind verschafft. Die Ausstiegsszenarien sind vorerst vom Tisch. Liegt im Ausbau von nuklearen Energiequellen die Zukunft?

Seite 7

Statt Frauenarmut und "Zurück an den Herd":

Arbeit für alle und 1.100,- Mindestlohn

von Laura Rafetseder, SLP-Wien

Die Wirtschaftskrise schlägt zu: 2009 wird neue Rekordwerte bei der Arbeitslosigkeit bringen. Frauen trifft die Krise besonders hart – sie werden verstärkt in Armut und aus der Erwerbsarbeit gedrängt. Frauen verdienen um ein Drittel weniger als Männer. Alleinerzieherinnen sind zu 27% von Armutsgefährdung betroffen. Alleinlebende Pensionistinnen sind mit 28% rund dreimal so hoch gefährdet unter die Armutschwelle zu rutschen, wie alleinlebende Pensionisten (9%). Zum Vergleich: Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote liegt bei 13% (Quelle: Sozialbericht 2007/2008).

Krise trifft Frauen besonders

Die Unternehmen versuchen, die Krise auf ArbeitnehmerInnen abzuwälzen. Das bedeutet Jobabbau, Lohnkürzungen und Sozialabbau. Wenn es z.B. zu Verschärfungen der Bestimmungen für Arbeitslose kommt v.a. bei der Notstandshilfe, trifft das Frauen. Wenn Sozialleistungen abgebaut werden, ist es die unbezahlte Arbeit von Frauen in der Familie, die die staatlichen Leistungen, wie die Pflege von Alten und Kranken, ersetzen. Und auch wenn die ersten Jobs, die verloren gehen, stärker Männer im Industriebereich betreffen: Höhere Arbeitslosigkeit bedeutet, dass mit "Frau-an-den-Herd"-Politik versucht werden wird, Frauen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Frauen mit Kindern haben es besonders schwer – fehlende Kinderbetreuungsplätze, schlechtbezahlte Teilzeitjobs und Schikanen von Seiten der Unternehmen tun ein Übriges. Wenn die Gewerkschaftsführung Lohnkürzungen akzeptiert, um so scheinbar Jobs zu retten, bedeutet das, dass die Einkommen von Frauen weiter sinken - Abhängigkeit vom Partner oder Abrutschen in die Armut ist die Folge.

Einsparungen der Regierung bedeuten Verschlechterungen für Frauen!

Die im Regierungsprogramm angestrebte "Verwaltungsreform" bedeutet einen Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst – wo Frauen vergleichsweise besser bezahlt sind als im



Krise trifft Frauen besonders hart. Widerstand ist nötig.

privaten Sektor. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek: "Durch den Aufnahmestopp, den wir bis zur Budgeterstellung beschlossen haben, sparen wir an die zehn Millionen Euro. Das heißt, wir nehmen 300, 400 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter nicht auf." Angesichts solcher Sparpläne ist das von der letzten Regierung beschlossene "Genderbudgeting" (d.h. "die Beachtung von Gleichstellungsaspekten bei der Erstellung des Budgets") Augenauswischerei. Die Regierung rettet die Banken – dafür ist offensichtlich das Geld da. Warum schafft sie damit nicht ausreichend kostenlose Kinderbetreuungsplätze? Warum baut sie nicht Gesundheits- und Sozialsystem aus, sondern fordert "Einsparungen bei den Krankenkassen" (Finanzminister Pröll am ersten Tag der Regierungsklausur)?

Kampf um jeden Arbeitsplatz und Mindestlohn von € 1.100,- netto!

Wir dürfen uns von den Unternehmen nicht erpressen lassen! Gerade jetzt gilt es, den Kampf um jeden Arbeitsplatz und gegen jede Verschlechterung für ArbeitnehmerInnen zu führen. Mit Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn kann die vorhandene Arbeit

auf alle aufgeteilt werden – ohne Lohnverlust, im Unterschied zur Kurzarbeit, die Lohnkürzungen bedeutet. Ein Mindestlohn von EUR 1.100,- netto kann die Basis sein, die Frauen echte Unabhängigkeit vom Partner ermöglicht. Erreicht werden kann das durch eine gemeinsame Bewegung von Frauen und Männern – die von den Gewerkschaften organisiert werden muss. In mehreren europäischen Städten ruft der Europäische Gewerkschaftsbund am 16. Mai zu Demonstrationen gegen die Auswirkungen der Finanzkrise auf. Und wo ist hier der ÖGB?

Sozialistische Alternative zu kapitalistischer Krise und Frauenarmut!

Vor 90 Jahren wurde in Österreich das Wahlrecht für Frauen eingeführt – doch selbst die etablierte Politik gibt zu, dass wir bis heute von echter Gleichstellung meilenweit entfernt sind. Tatsächlich gilt: Der Kapitalismus – also das bestehende System – bietet heute für die meisten Frauen und auch Männer keine Perspektive. Auch wenn Frauen von der Krise besonders getroffen werden, ist es offensichtlich, dass dieses System insgesamt nicht funktioniert. Wir meinen: Die Banken sollten nicht mit unserem Geld "gerettet", sondern gemeinsam mit den Schlüsselbetrieben unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen tatsächlich verstaatlicht werden. So könnten sie in unserem Interesse arbeiten. Mit einem demokratischen Plan könnte tatsächlich nach den Bedürfnissen der Menschen produziert werden, anstatt für die Profite der Unternehmen. Die Arbeit, die Frauen im Privaten unbezahlt leisten, könnte von der Gesellschaft übernommen werden. Und Arbeitslosigkeit und Armut würden abgeschafft. Eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft könnte somit letztlich auch die Basis dafür legen, dass Frauenunterdrückung und Ausbeutung von Frauen und Männern endgültig der Vergangenheit angehören.

Veranstaltungen und Aktionen zum Internationalen Frauentag 2009 finden Sie auf www.slp.at

Der Standpunkt

Für Sozialismus-
Unterricht an Schulen

von Sonja Grusch,
SLP-
Bundessprecherin

Die Wirtschaftskrise stellt die Sinnfrage ganz neu. Wozu lernen, wenn doch ohnehin nur die Arbeitslosigkeit folgt? Wozu zum AMS gehen, wenn es keine Jobs gibt? Wozu sparen, wenn das Geld dank Spekulation verschwindet. Nun - darauf gibt es Antworten. Die Krise ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist das Ergebnis des kapitalistischen Systems. Die Erkenntnis ist nicht neu, sondern wurde - maßgeblich von Marx & Engels - bereits im 19. Jahrhundert verbreitet.

Allerorts wird zu Recht davor gewarnt, dass rechte Rattenfänger auf Basis der Krise weiter Zulauf erhalten könnten. Dem entgegen zu wirken ist also notwendig.

Wir schlagen daher vor: Sozialismus-Unterricht an allen Schulen. Gemeinsam erarbeitet werden soll, wie die Wirtschaft arbeitet, wer von Ausbeutung profitiert und wie sie funktioniert. Wie mensch sich gegen Unterdrückung wehren kann und was wir aus der Geschichte lernen können. Hochaktueller Stoff - fürs Leben!

Aber nein, meinen Sie, dass geht doch nicht. Warum? Zur Zeit dürfen einige, ausgewählte Privatvereine - noch dazu auf unsere Steuer-Kosten - ihren Unterricht an allen Schulen verbreiten. Sie dürfen unwissenschaftliche, mythologische Märchen verbreiten ("Schöpfungsgeschichte").

Und antiquierte Rollenbilder ("die Frau sei dem Manne untertan"). Sie dürfen einzelne Bevölkerungsgruppen beleidigen ("Homosexualität ist eine Krankheit") und unseren Kindern Angst machen ("wenn Du nicht brav bist kommst Du in die Hölle"). Da sind die Christen um nichts besser oder schlechter als die VertreterInnen der anderen Religionsgemeinschaften. Darüber können auch einzelne, nette oder gar "fortschrittliche" ReligionslehrerInnen nicht hinwegtäuschen. Aber ja doch, wer religiös sein möchte, darf das. Aber ich verwehre mich gegen die Privilegien für einige Vereine (denn nichts anderes sind Religionsgemeinschaften letztlich). Religionsunterricht hat an Schulen und in der Ausbildung nichts zu suchen. Das gehört ins Privatleben und selbst finanziert. Die Steuermillionen, mit denen wir jährlich die Kirchen und ihre Propaganda subventionieren, könnten weit sinnvoller genutzt werden. Soviel müsste einem der Glaube schon wert sein...

Während der Durchführung des Eurofighter-Deals unter der vorangegangenen Großen Koalition verabreichten SPÖ-Verteidigungsminister Darabos und Finanzminister Molterer trotz Einsparungen in anderen Bereichen dem Militär 2007 eine gewaltige Finanzspritze: von 1,73 Mrd. Euro auf 2,25 Mrd. Euro. Der am stärksten wachsende Anteil der Heereskosten sind die "Investitionen". Das heißt Aufrüstung durch den Ankauf neuer Panzer und dem Ausbau der Luftwaffe (inkl. neuer Unterschall-Flieger).

Die Tatsache, dass aufgrund des steigenden Aufrüstungsbudget der Anteil der Personalkosten relativ sinkt, wird von der Heeresführung als Argument herangezogen, noch

Kärnten/Koroška: Ein Bundesland ganz rechts?

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

40% der Stimmen und mehr für Rechtsextreme, Kerzenmeer an der Unfallstelle von Jörg Haider, Unterdrückung der SlowenInnen... Ist Kärnten an sich rechts? Und muss das immer so bleiben?

Entgegen der BZÖ-Behauptungen ist die Situation in Kärnten alles andere als gut oder sozial. Kärnten ist das ärmste Bundesland Österreichs. Die Kahlschlagpolitik von FPÖ/BZÖ hat in Kärnten eine soziale Eiswüste hinterlassen. Gleichzeitig wurden Millionen in Prestigeprojekte (z.B. EM-Stadion, Seebühne) gesteckt, bzw. versickerten in obskuren Kanälen (Hypo-Alpe-Adria). Den Höhepunkt dieser unsozialen Politik bilden die Privatisierungen öffentlicher Dienste wie der Wasser- und Stromversorgung. 83.000 Menschen sind in Kärnten armutsgefährdet, betroffen sind vor allem Frauen - und zwar fast ein Drittel aller Pensionistinnen und mehr als ein Fünftel der alleinlebenden Frauen im erwerbsfähigen Alter. Diese katastrophale Situation ist nicht zuletzt unter "Landesvater" Haider zu Stande gekommen und die Politik wird von seinem Nachfolger Dörfler fortgesetzt. Verbunden sind Sozialkassenschlag und Geschenke an die Superreichen mit menschenverachtendem Rassismus. Rassistische Witze, "ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich" (Haider), "Ortstafelsturm" und Lager für Asylwerber auf der Saualm stellen die Chronologie der rechten Kärntner Landespolitik dar.



Ein ganzes Bundesland in
Geiselschaft von Haider und
seinen rechten Erben?

Rechtsruck mit fleißiger
Unterstützung der SPÖ

Die Kärntner SPÖ, die immer schon am rechten Rand der Partei herumdümpelte, hat einen entscheidenden Beitrag zur Rechtsentwicklung Kärntens und dem Aufstieg von FPÖ/BZÖ geleistet. Mit der Verbürgerlichung der SPÖ und ihrer zunehmend unsozialen Politik wuchs auch die Unterstützung für den Demagogen Haider und seine FPÖ. Vergleich man die Wahlergebnisse der Landtagswahlen, so zeigt sich, dass gerade in der Phase, in der sich die SPÖ endgültig von den Interessen

der ArbeiterInnen und der Jugend verabschiedete, der Aufstieg der FPÖ stattfand (FPÖ: 1979: 11,7%; 1994: 33,3%). Die chauvinistischen Ressentiments und regelmäßigen Ausfälle gegen die slowenische Minderheit in Kärnten gedeihen auf dem Acker, den die SPÖ zu einem großen Teil mitbestellt hat. Bis 1989 stellte die SPÖ den Landeshauptmann und bemühte sich in keiner Weise der slowenischen Bevölkerung ihre - verfassungsmäßig verankerten - Rechte zuzugestehen. Im Gegenteil - während des sogenannten "Ortstafelsturms" 1972 machte die SPÖ Spitze

die slowenische Bevölkerung unterschwellig für die rechtsextremen Ausschreitungen verantwortlich. Konsequenterweise wurde darum auch Jörg Haider mit den Stimmen der SPÖ-Abgeordneten zum Landeshauptmann gewählt. Heute stellt sich die SPÖ sehr klar gegen die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln und verurteilte die selbständige Aufstellung der Ortstafel "St. Katzian/Skojcan" (Februar 2006).

Das "andere" Kärnten

Im zweiten Weltkrieg gingen tausende KärntnerInnen in

den Widerstand. In Teilen des Bundeslandes operierte sogar eine starke Partisaneneinheit, in der österreichische und slowenische KärntnerInnen Schulter an Schulter gegen die nationalsozialistische Barbarei kämpften. Über 500 von ihnen fielen oder wurden von den Nazis hingerichtet oder zu Tode gefoltert.

Aber auch heute ist Kärnten nicht nur Haider-Land. Alljährlich protestieren hunderte AntifaschistInnen am Ulrichsberg gegen das revisionistische Veteranentreffen.

35.000 Menschen, das sind ca. genau so viele wie Kärntner Heimatdienst und Abwehrkämpferbund gemeinsam Mitglieder haben, haben binnen weniger Wochen die Initiative "pro Kärnten/za Koroško" unterstützt und die Partnerschaft für eine zweisprachige Ortstafel übernommen.

Was tun?!

Es ist kein in Stein gemeißeltes Gesetz, dass die Menschen in Kärnten zu 40% extreme Rechte wählen, dass dem rechten Hetzer Haider nachgetrauert wird und dass die SlowenInnen 54 Jahre nach dem Staatsvertrag immer noch unterdrückt werden. Eine andere, eine sozial gerechte Politik, die sich klar vom rassistischen Konsens abgrenzt ist gerade in Kärnten dringend notwendig. Dafür braucht es aber eine neue Kraft links von SPÖ und Grünen, die eine echte Alternative für ArbeiterInnen und Jugendliche - egal welchen ethnischen Hintergrunds - darstellt.

Militarismus in Österreich

von Franz Neuhold, SLP-Wien

Wohl stellt Österreich weder einen militärischen Giganten noch eine imperialistische Führungsmacht dar. Dennoch wirkt sich der globale Trend der Militarisierung auch hier deutlich aus.

Aufrüstung

Während der Durchführung des Eurofighter-Deals unter der vorangegangenen Großen Koalition verabreichten SPÖ-Verteidigungsminister Darabos und Finanzminister Molterer trotz Einsparungen in anderen Bereichen dem Militär 2007 eine gewaltige Finanzspritze: von 1,73 Mrd. Euro auf 2,25 Mrd. Euro. Der am stärksten wachsende Anteil der Heereskosten sind die "Investitionen". Das heißt Aufrüstung durch den Ankauf neuer Panzer und dem Ausbau der Luftwaffe (inkl. neuer Unterschall-Flieger).

Die Tatsache, dass aufgrund des steigenden Aufrüstungsbudget der Anteil der Personalkosten relativ sinkt, wird von der Heeresführung als Argument herangezogen, noch



mehr Geld zu verlangen. So "warnt" der Präsident der Offiziersgesellschaft Eduard Paulus aktuell vor einem "Desaster". Seine Rage über die angebliche Unterfinanzierung des Militärs sollte nicht von den Tatsachen ablenken: Mittelfristig wird die Steigerung des Militärbudgets von einem knappen Prozent auf den EU-Durchschnitt von ca. 1,9% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) mit sich bringen, das noch mehr Steuergeld durch Sozialabbau aus anderen Bereichen abgezogen werden wird.

Auslandseinsätze

Der zweite große Kostenfaktor sind die Auslandseinsätze, in denen das österreichische Kapital versucht, einen Anteil am gesamt-imperialistischen Kuchen zu erhaschen. Um Menschenrechte, wie oft gesagt wird, geht es dabei nicht. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem westlichen Balkan. Übung holt sich das Heer derzeit im Tschad in Afrika. Geplant ist, im nächsten Jahr bis zu 3000 Auslandseinsatz-SoldatInnen aufbringen zu können.

Im aktuellen Regierungsübereinkommen ist zu lesen: „Das Bundesheer soll ... zum gesamten militärischen Aufgabenspektrum der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch nach kurzen Vorwarnzeiten beitragen können. Das betrifft auch die Wahrnehmung der Teilnahme an schnellen Krisenreaktionskräften der EU (Battle-Groups-Konzept) und die Weiterentwicklung des Beitrages dazu auf Basis der Erfahrungen der für 2011 und 2012 festgelegten Teilnahmen.“ Erwähnt werden darin

weitere die "Petersberg-Aufgaben", die letztlich eine uneingeschränkte Kriegsteilnahme bedeuten sowie das „Head-Line-Goal 2010“ (HLG 2010). Dies fixiert den Wunsch der EU, solche Kriege auch ohne NATO-Unterstützung sowie die Rückdeckung des US-Imperialismus durchführen zu können. Als vorrangigen Senior-Partner für all diese Projekte sieht die SP-VP-Koalition Deutschland. Vertreter der großen deutschen Rüstungsgiganten Siemens, Thyssen-Krupp und Daimler halten bereits Positionen im Aufsichtsrat der ÖIAG.

Die Krise des Kapitalismus wird weltweit noch eine Reihe bewaffneter Konflikte mit sich bringen. Obwohl Österreich nur ein kleines imperialistisches Land ist, wollen die Herrschenden doch auch militärisch Ansprüche sichern. Letztlich soll die Aufrüstung aber auch gegen soziale Bewegungen im Inland eingesetzt werden. Daher ist unserer Ansicht nach diese Militarisierung nicht im Interesse der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und
Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP),
1070 Wien, Kaisersr. 14/11; Druck: Druckerei
Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien;
DfVr: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97J
Abzählungen & Spenden: PSK 8812.733

Zauberformel Kurzarbeit?

Gewerkschaften brauchen Offensivstrategie

von John Evers, SLP-Wien

ÖGB-Präsident Erich Foglar meint in der Solidarität 9/14/2009: „Kurzarbeit ist noch immer das tauglichste Mittel, die Menschen im Betrieb zu halten und den Einkommensverlust gering zu halten.“ 1999 sagte dem gegenüber selbst Fritz Verzetnitsch, dass die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn ein „notwendiges defensives Instrument zur Erhaltung der Arbeitsplätze“ sei. Doch wahrscheinlich hätte Fritz heute angesichts der Krise - wohl genau das gleiche gesagt wie Erich. Denn tatsächlich steht der „ÖGB neu“ mit seinen aktuellen Ansätzen voll in der sozialpartnerschaftlichen Tradition des „ÖGB alt“. In Zeiten wie diesen bedeutet das aber, dass die ArbeitnehmerInnen für eine Krise, die sie nicht verursacht haben, bezahlen müssen.

„Flexiblere Gesetze für Kurzarbeit retten Jobs“ (ÖGB-Forderung 2009)

Statt sonst 200 sind inzwischen 20.000 Personen beim AMS zur Kurzarbeit gemeldet. Bis zu 90 Prozent darf der Arbeitsausfall über mehrere Monate ausmachen; die Gehaltseinbußen werden nur zum Teil und v.a. vom AMS aufgefangan. Auch wenn die Firmen lt. ÖGB-Berichten in einigen Fällen ebenfalls mitzahlen, liegen die Vorteile für diese auf der Hand: Sie erhalten



letztlich Lohnsubventionen für eine optimale Auslastung ihrer Kapazitäten. Dem gegenüber werden in vielen Fällen trotzdem Beschäftigte gekündigt - jene die bleiben und kurzarbeiten müssen, haben ebenfalls in jedem Fall weniger am Konto. Die ÖGB-Strategie kommt uns allen letztlich in jeder Hinsicht teuer: Erstens weil die Arbeitslosigkeit trotzdem steigt und zweitens weil nach Banken nun damit auch die übrigen Unternehmer die öffentliche Hand zur Kassa bitten.

„Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn rettet Jobs“ (SLP-Forderung 2009)

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn wäre demgegenüber ein in doppelter Hinsicht offensiver gewerkschaftlicher Ansatz - gerade in der Krise. Warum? 1) Wird die vorhandene Arbeit auf alle die arbeiten wollen und können gerecht verteilt. 2) Bedeutet der volle Lohn eine Umverteilung von Oben nach Unten. Erpressungsversuche der Unternehmenseite mit Betriebs-schließungen und Verlagerungen muss freilich ebenso offensiv mit der Forderung nach Vergesellschaftung begegnet werden.

Außer natürlich man nimmt die eigenen Slogans, die bei Sonntagsdemonstrationen in Brüssel skandiert werden („Menschen vor Profite“, ...), nicht besonders ernst.

Widerstand und Vergesellschaftung kann Arbeitsplätze retten

Hallein und die Wirtschaftskrise

von Markus Klostermann, SLP-Salzburg

Die Papierindustrie steckt weltweit in der Krise. Durch Überproduktion waren die Papierpreise bereits niedrig, die Wirtschaftskrise drückt nun weiter die Nachfrage und somit den Preis nach unten. Die traditionsreiche Halleiner Papierfabrik soll deshalb einer Marktberingung zum Opfer fallen.

Zynische Ökonomie und mundaufle Interessensvertretung

M-Real, ein finnischer Konzern, will den Geschäftsbereich grafische Papiere nicht mehr fortführen, vier Fabriken inkl. aller Markennutzungsrechte sind bereits an den südafrikanischen Konzern SAPPi verkauft worden. Das Werk in Hallein soll - um Überkapazitäten abzubauen - geschlossen werden. Die Umstellung auf ein anderes Produkt sei konzernintern nicht möglich heißt es - das bedeutet für 475 der 695 Mitarbeiter den Jobverlust, da lediglich die Zellstoffproduktion und die damit verbundene Energieerzeugung bleiben soll. Mit 30. April soll die Produktion eingestellt werden. Der Sozialplan wurde bereits ausgearbeitet, die freiwilligen Sonderzahlungen sind aber wohl mager ausgefallen. Weder Gewerkschaft noch Unternehmensleitung wollen Angaben dazu machen und haben gegenseitiges Still-schweigen vereinbart.



5.000 Menschen auf der Demo für den Erhalt der Arbeitsplätze

Große Worte - ohne Konsequenzen

Die Landesregierung, Arbeiterkammer und Gewerkschaften hatten offenbar kein Interesse, für den Erhalt der Fabrik konsequent zu kämpfen. Während den üblichen Verhandlungen, die von Beginn an recht aussichtslos waren, wurde Mirko Kovats beinahe so erklärt wie Haider nach seinem Tod. Der österreichische Industrielle habe bereits die Maschinenbaufirma Emco in Hallein wiederaufgebaut - jetzt soll er hier „helfen“. Allerdings war das bei der Emco mit Stellenabbau verbunden, die Produktion wurde teils ins (billigere) Ausland verlagert. Mirko Kovats spielt übrigens auch eine Rolle im Film „Let's make Money“: „Mirko Kovats, einer der reichsten österreichischen Industriellen, der in seiner Heimat eine gewisse Berühmtheit erlangte für die vielen Konkurse, die er hinlegt“ heißt es auf der Website zum

Film, von ihm selbst bekommt man unter anderem zu hören: „Selbstverständlich wird die Arbeitszeit steigen und ich gehe davon aus, dass diese Mehrarbeitszeit auch in Zukunft nicht bezahlt wird“.

Ein Bündnispartner und Vorbild für Burgstaller?!

Großdemonstration zeigt: Potential für Widerstand ist da

Am 17.12.09 gab eine für Hallein extrem große Demonstration mit 5-6.000 TeilnehmerInnen. Aber es war nur eine Dampfblaskaktion, es folgten keine weiteren Mobilisierungen oder Aktionen. Es gab lediglich immer wieder die gleichen ein wenig lächerlichen Appelle von Burgstaller, Haslauer & Co. an die Konzernleitung zu hören, das Werk doch bitte nicht zu schließen. Landesregierung und Arbeiterkammer haben auch eine Wettbewerbsbeschwerde nach Brüssel und nach Wien geschickt. Statt zu kämpfen setzt

die AK auf eine wohl auch noch erfolglose Klage.

Die Fabrik ist für die Region von enormer Bedeutung, es geht nicht „nur“ um die 475 Jobs bei M-Real, sondern auch um etliche daran hängende Arbeitsplätze. Die Schließung mag aus kapitalistischer Sicht sinnvoll sein, da „weniger Papier => höhere Nachfrage => höhere Verkaufspreise“. Dabei bleiben die Menschen in Hallein auf der Strecke, Großaktionäre und Manager haben aber Interesse an hohen Gewinnen und Dividenden. Auch das macht im Kapitalismus „Sinn“.

Appelle retten keine Arbeitsplätze

Noch so gute Appelle werden die Arbeitsplätze nicht retten. Für den Erhalt des Werks muss gekämpft werden, nicht nur mit Demos sondern auch mit Streiks, und wenn nötig muss die Fabrik besetzt und vergesellschaftet werden.

Gerade in diesen Tagen, in denen die Wirtschaftskrise viele der neoliberalen Dogmen zerstört hat und Milliarden in Banken gepumpt oder diese gar verstaatlicht werden, ist es nicht einzusehen warum dasselbe Mittel nicht eingesetzt werden soll um die Existenzen von hunderten Familien zu retten. Aber nicht im Stile der alten Verstaatlichten, sondern mit demokratischer Kontrolle und Verwaktung des Betriebs durch die Beschäftigten.

„Gleiche Rechte für alle ArbeitnehmerInnen!“

Interview mit Charlie Mitterteger

Charlie Mitterteger, 59 Jahre alt, ist einer von 630.000 Behinderten in Österreich, arbeitet beim Verein ÖHTB und ist engagiert beim Aufbau eines Werkstättenrates. Vorwärts hat mit ihm über seine Arbeit, Ziele und Forderungen gesprochen.

VORWÄRTS: Wie schaut Ihre Arbeit aus beim ÖHTB?

CM: Also, ich bin in einer Werkstätte mit sechs weiteren Kollegen und einer Betreuerin eingestellt, arbeite in der Rechercheabteilung und bin für die Informationsauswertung zuständig.

VORWÄRTS: Was war die Idee dahinter, einen Werkstättenrat aufzubauen und wie schauen die ersten Schritte aus?

CM: Im Wesentlichen wollen wir eine Interessensvertretung für uns, die Klientinnen, aufbauen, damit auch wir unsere Rechte und Anliegen vertreten und verteidigen können. Beim Aufbau des Werkstättenrates arbeiten wir eng mit dem Betriebsrat zusammen, der uns bei unseren Forderungen unterstützt. So hat er uns geholfen, mit der Geschäftsleitung Kontakt aufzunehmen.

VORWÄRTS: Wie schauen eure Forderungen aus?

CM: Dadurch dass es zwei Elemente gibt in der Werkstatt, nämlich Therapie und Arbeit, gibt es auch unterschiedliche Verteilungen wie unterschiedliche Tätigkeiten. Aber es soll gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben und die Höhe der Löhne soll sich an den Kollektivverträgen orientieren. Natürlich ist es uns bewusst, dass es schwierig ist. Schwierig darum, weil der „Fond Soziales Wien“ nichts zahlt. Aber ich bin positiv eingestellt, denn eine Verteilungsfrage ist immer abhängig vom politischen Kräfteverhältnis. Wir wollen auch die Zivildienner, BetreuerInnen und die Eltern der Klienten in unsere Anliegen einbinden.

VORWÄRTS: Gab es schon ein Treffen mit der Geschäftsleitung?

CM: Ja, das erste Gespräch war, meiner Ansicht nach, erfolgreich. Man hat sich darauf geeinigt, eine größere Informationsveranstaltung zu organisieren, wo die KlientInnen über die Pflichten und Aufgaben eines Werkstättenrates informiert werden sollen. Der Betriebsrat wird auch Dolmetscher bereitstellen. Die einzige Bedingung, die die Geschäftsleitung gestellt hat, ist die, dass alle es verstehen müssen, damit sie wählen können; sprich entweder alle Klienten wählen oder keiner. Dies macht es natürlich etwas schwieriger.

Wir wollen eine andere Gesellschaft!

Gar nicht weltfremd:

Das Ringen um Alternativen zum bestehenden System hat aus guten Gründen eine lange Tradition.

von Albert Kropf, SLP-Wien

Die meisten von uns kennen wahrscheinlich eines der bekanntesten Lieder von John Lennon, nämlich „Imagine“. Das ist eine eher langsamere Nummer nur mit Klavier; ein „L'amour Hatcher“ wie man/frau dazu in Wien sagt. Vielmehr als das interessiert uns jetzt aber, um was es in diesem Lied geht. Lennon besingt darin nämlich eine andere Welt. Eine Welt ohne Grenzen, Krieg und Besitz, eine Welt in der alle alles teilen und friedlich miteinander leben. Im Prinzip beschreibt er damit eine andere, eine Alternative zu unserer jetzigen Gesellschaft. Und damit - mit alternativen Gesellschaftsmodellen - wollen wir uns einmal am Beginn kurz auseinandersetzen.

Arbeiten oder nicht arbeiten, das ist hier die Frage

Alternative Gesellschaftsmodelle sind fast so alt wie die Menschheit selbst. Aber eben nur fast, weil ihr Aufkommen eng mit sozialer Ungerechtigkeit verbunden ist. Solange die Menschen gleichberechtigt untereinander lebten, gab es demnach auch keine soziale Grundlage für alternative Gesellschaftsmodelle. Diesen Abschnitt der Menschheitsgeschichte bezeichnen wir auch als Urkommunismus oder „Kommunismus der Armut“. Armut deswegen, weil die Menschen damals ein karges Leben führten und alle am Überleben der Sippe mitarbeiten mussten. Aufgrund von Verbesserungen (Ackerbau etc.) konnten die Menschen dann mehr erwirtschaften, als sie verbrauchten. Damit war es möglich, dass einige nicht mehr mitarbeiten mussten. Langfristig übernahmen sie die Rolle von z. B. Königen und Priestern. Die soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit wurde „geborn“, weil die einen arbeiten und die anderen eben nicht. Von da an begleiten alternative Gesellschaftsmodelle und Versuche radikaler Umwälzungen die Menschheitsgeschichte. Dazu gehören Religionen genauso wie z. B. der Entwurf einer anderen Gesellschaft des griechischen Philosophen Platon vor rund 2500 Jahren. Im Prinzip besteht die ganze Menschheitsgeschichte aus dem Ringen um Veränderung - bedingt dadurch, dass es soziale Ungleichheit gibt. Diese Erkenntnis verdanken wir Karl Marx und Friedrich Engels. Die beiden haben schon vor rund 150 Jahren im Kommunistischen Manifest dazu folgendes geschrieben: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz Unterdrückter und Unterdrückter standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen Kampf ...“ Und betrachten wir die Geschichte finden wir tatsächlich unzählige Beispiele für diese Kämpfe: die Reformer Roms, der Sklavenaufstand des Spartakus, die Bauernkriege und schließlich auch die Revolutionen des 20. Jahrhunderts, die in Russland, Österreich und Deutschland den Kaiser verjagten, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Die Welt in der wir heute leben

Wollen wir feststellen, ob es heute noch eine Grundlage für alternative Gesellschaftsmodelle gibt, müssen wir uns nur umsehen. Es wird nicht lange dauern und wir werden auf viel Ungleichheit und Ungerechtigkeit stoßen. Und das obwohl wir in Europa im Vergleich zum Rest der Welt oft noch ein vergleichsweise besseres Leben führen. Und trotzdem leben hier bei uns, in Österreich, eine Million und in der EU 72 Millionen Menschen an oder bereits unter der Armutsgrenze. Aber wie schaut's im Rest der Welt



aus? 842 Millionen Menschen hungern, während es Lebensmittel für 12 Milliarden Menschen gibt. Alle 5 Sekunden stirbt ein Kind in Folge von Unterernährung! Eine Milliarde Menschen leben in Slums. 2,4 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu einer medizinischen Basisversorgung. Das Vermögen der drei reichsten Personen ist größer als das gemeinsame BIP der 48 am wenigsten entwickelten Länder mit 600 Millionen EinwohnerInnen. Ja, es gibt noch sehr viel zu verändern und damit eine Grundlage für eine andere Gesellschaft. Unsere Welt ist zutiefst ungerecht!

Mit Hammer und Axt im Wienerwald?

Seit je her gibt es Tendenzen den Urkommunismus als Paradies, goldenes Zeitalter (...) zu erklären und idealisieren. Der Fortschritt und die „Zivilisation“ machen die Menschen schlecht und sahen Zwietracht und Missgunst. Demnach braucht es nur einen Rückzug bzw. Abschaffung des Fortschritts und alle leben wieder gemeinsam friedlich miteinander. Klingt ja recht einfach und deswegen gab's quer durch die Geschichte immer wieder ideologische Ansätze in diese Richtung. Wie absurd und widersprüchlich derlei Ansätze in der Praxis sind, zeigt sich bereits daran, dass gerade reaktionäre politische Kräfte kein Problem haben moderne Mittel der Propaganda, Unterdrückung, Kriegsführung (...) einzusetzen. Das weist gleichzeitig auf den wirklich entscheidenden Punkt hin: Eigentlich ist der Fortschritt gar nicht schlecht. Vielmehr werden die Auswirkungen ungleicher Verteilung mit dem Fortschritt und seinen - potentiellen - Möglichkeiten vertauscht. Das lässt sich gut am Beispiel Arbeit zeigen. Der Fortschritt bringt eine neue Maschine, die weniger Arbeitskräfte benötigt. Anstatt jetzt als logische Folge die Arbeitszeit zu reduzieren, werden die Arbeitskräfte reduziert. In England entwickelte sich deswegen im 19. Jahrhundert eine Bewegung, die Maschinen in den Fabriken zerstörte - die so genannten Maschinenstürmer oder Ludditen. Es war aber nicht die Schuld des Fortschritts (also der Maschinen), dass Arbeitsplätze verloren gingen und Menschen vor dem Nichts standen. Damals wie heute stellte sich die Frage: In wessen Dienst steht dieser Fortschritt bzw. gelingt es, die bestehenden technischen (...) Möglichkeiten zum Wohle aller einzusetzen?

Was anderes muss her!

Zu dieser Erkenntnis sind auch schon viele vor

uns gekommen. Besonders nach der industriellen Revolution hat der Kapitalismus ein bis dahin nicht gekanntes Elend geschaffen. Das hat viele angeregt, über eine andere Form des Zusammenlebens nachzudenken. Dabei waren sich viele darin einig, dass der Grund in der neuen Produktionsweise, nämlich mit Maschinen und Arbeitern liegt. Einer von ihnen war selbst Fabrikant - Robert Owen. Er empfand das Leben seiner ArbeiterInnen als menschenunwürdig und kam selbst zum Schluss: „die Leute waren meine Sklaven“. Also suchte Owen nach einer Möglichkeit, um das Elend seiner ArbeiterInnen zu lindern. Dafür baute er in Südschottland in einem abgelegenen Tal eine Textilfabrik und Siedlung auf - New Lanark. Die Arbeit wurde zeitlich beschränkt, es gab eine Bibliothek, Freizeiteinrichtungen, Schulen und eigene Wohnhäuser. Das Resultat war beeindruckend. Friedrich Engels beschrieb es so: „Eine allmählich auf 2500 Köpfe angewachsene, ursprünglich aus den gemischtesten und größtenteils stark demoralisierten Elementen sich zusammensetzende Bevölkerung wandelte er um in eine vollständige Musterkolonie, in der Trunkenheit, Polizei, Strafrichter, Prozesse, Armenpflege, Wohlbedürfnis unbekanntes Dinge waren.“ (Engels: Entwicklung des Sozialismus). Trotz seines Erfolges erlitt Owen aber mit New Lanark Schiffbruch. Es hat funktioniert, aber nur bis zur ersten Krise der Textilwirtschaft. Denn durch die zunehmende Konkurrenz war die Musterkolonie einfach nicht mehr finanzierbar. Wir sehen daraus, dass das Handeln von UnternehmerInnen auch keine moralische Frage ist, sondern durch die Konkurrenz eine kapitalistische Notwendigkeit ist, um selbst zu überleben.

Ein anderes Beispiel ist Charles Fourier. Er lebte in etwa zur gleichen Zeit wie Owen in Frankreich. Auch er wurde durch das Elend des Kapitalismus angetrieben, nach einer Alternative zu suchen. Seine sicherlich bedeutendste Erkenntnis ist, dass sich die Fortschrittlichkeit einer Gesellschaft daran zeigt, wie weit die Frau dem Mann gleich gestellt ist. Daneben hat er auch noch ein Gesellschaftsmodell am Reißbrett geschaffen, in dem er die Menschen in kleine je 1600 Mitglieder große Kommunen einteilt. Das Eigentum an Produktionsmitteln wird nicht angetastet, es gibt aber einen fixen Verteilungsschlüssel für alle Produkte und Güter. Von seinem Modell überzeugt, appelliert Fourier an die Vernunft der Herrschenden, doch zu seinem System überzugehen. Seine größten Hoffnungen setzte er dabei auf Baron Rothschild, dass dieser mit seinem Geld eine Musterkolonie finanzie-

ren würde. Das wäre so, als wenn heute von Bill Gates erwartet werden würde, sein Geld zur Auflösung von Microsoft und der Entwicklung von Open Source Software zu Verfügung zu stellen. Und so passierte was passieren musste, Fourier starb ohne dass sein Modell verwirklicht wurde. Trotz ihrer Unterschiedlichkeit haben Fourier und Owen etwas gemeinsam. Beide appellierten an die Vernunft der Herrschenden und beide sahen keine soziale Basis, auf die sich stützen konnten. Das Fehlen dieser sozialen Basis war es auch, warum ihre Modelle letztlich zum Scheitern verurteilt waren.

Bei welchen Ideen können wir heute ansetzen?

Owen selbst hat diese Frage gegen Ende seines Lebens teilweise schon selbst beantwortet. Nach dem Scheitern seiner Kolonien sah er die Notwendigkeit, die Lebenssituation der ArbeiterInnen zu verbessern. Und weil die ArbeiterInnen Dreh- und Angelpunkt seines Lebens blieben, engagierte er sich in der englischen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. Er tat das als „Überbrückung“ bis ein Weg zu einer anderen Gesellschaft gefunden war. Es waren wieder Marx und Engels, die das „Problem“ der sozialen Basis für eine neue Gesellschaft lösen konnten. Durch ihr entwickeltes Gesellschafts- und Geschichtsverständnis erkannten sie das Potential der ArbeiterInnen als gesellschaftliche Klasse. Einerseits als objektive Klasse an sich im kapitalistischen Produktionsprozess im Gegensatz zum Bürgertum. Und dann als subjektive Klasse für sich, die in Klassenkämpfen entsteht. Die ArbeiterInnenklasse ist also nicht von Geburt aus fortschrittlich, sondern erst durch die Auseinandersetzung zur Verbesserung der Lebenssituation wird sie zur Trägerin einer neuen Gesellschaft. Und so kommen sie zum Schluss, dass das Elend des Kapitalismus nur durch eine proletarische Revolution im Kommunismus aufgelöst ist. „(...) dass also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andre Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.“ (Marx, Engels: Die deutsche Ideologie).

Rote Alternative statt dunkler Perspektiven!

An den grundsätzlichen Rahmenbedingungen hat sich nichts geändert. Wir leben noch immer im Kapitalismus und ein immer kleiner werdender Teil besitzt immer mehr. Noch nie war die ArbeiterInnenklasse - also alle, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen (Angestellte, Beamte etc.) - größer als heute. Noch nie war der Unterschied zwischen arm und reich so groß wie heute. Gleiches gilt für die Verschmutzung unserer Umwelt, das angehäufte militärische Zerstörungspotential, aber auch die Gefahren die sich aus der ökonomischen Krise ergeben können. Doch als Gegenpol stehen dem nicht nur die Möglichkeiten gegenüber, welche Technik, Wissenschaft, etc... an sich bieten, der Menschheit ein sicheres Leben zu ermöglichen. Ebenso sind wir um viele historische Erfahrungen reicher: Wir wissen aufgrund der Erfahrungen in Osteuropa ebenso, dass ein sinnvolles geplantes Wirtschaften nur auf demokratischer Grundlage funktionieren kann. Und das der Kapitalismus auch in der Krise nicht von selbst zusammenbricht, sondern es Menschen braucht die sich organisieren, mit dem Ziel, dieses System abzuschaffen ...

Vor 90 Jahren: Gründung einer echten „NGO“ Der Aufstieg und Fall der Kommunistischen Internationale

von Tom Stanford, SLP-Wien*

Die russische Revolution 1917 verbreitete eine Welle der revolutionären Begeisterung unter der ArbeiterInnenklasse der ganzen Welt. Die Aussicht auf eine sozialistische Revolution lag über ganz Europa.

Im Ersten Weltkrieg hatte allerdings die Führung der europäischen Sozialdemokratie die eigenen herrschenden Klassen unterstützt. Das bedeutete den totalen Zusammenbruch des internationalistischen Sozialismus in der Zweiten Internationale, die vor 1914 Millionen Menschen organisiert hatte. Ebenso stellte sie sich gegen die Versuche, durch Revolutionen in der Folge des Krieges den Kapitalismus in Europa abzuschaffen (z.B. Novemberrevolution 1918 in Deutschland).

1928 – Schwenk ins andere Extrem

Wegen des alarmierenden Wachstums der Stärke und des Einflusses der reichen Bauern und Kleinkapitalisten wurde 1928 neuerlich ein Schwenk in der Politik der UdSSR eingeführt: Industrialisierung und Kollektivierung – allerdings „von Oben“. Neben den unbestreitbaren Erfolgen der ersten Fünfjahrespläne für den industriellen Aufbau, führte vor allem die Politik der Zwangskollektivierung ganze Regionen in den Abgrund. 1928 wurde mit dem 6. Kongress die Komintern selbst in die entsprechende neue, „ultralinke“ Richtung gedreht. V.a. sollte sich die Sozialdemokratie selbst in den „Sozialfaschismus“ verwandelt haben. Keine Abkommen mit den „Sozialfaschisten“ waren nun mehr



Eine Internationale für die Weltrevolution

Daher wurde die Dritte Internationale, oder Kommunistische Internationale (Komintern), im März 1919 formell gegründet. Ihre erklärten Ziele und Absichten waren der Sturz des Weltkapitalismus; die UdSSR sah man damals nur als Basis für die Weltrevolution.

Die Bildung der Dritten Internationale führte schnell zur Gründung von mächtigen Kommunistischen Parteien in den wichtigsten Ländern der Welt. Die Kommunistischen Parteien in Europa gewannen ständig Mitglieder und Einfluss auf Kosten der Sozialdemokratie. 1920 wurde in Deutschland ein reaktionärer Putschversuch durch einen Massenstreik im Keim erstickt; 1923 – nur zehn Jahre vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus – bestand in Deutschland eine revolutionäre Situation, welche die KPD leider nicht nutzen konnte.

1924 – Rechtsruck der Komintern

Das verläufige Scheitern der Weltrevolution und die Isolation der Sowjetunion führten Mitte der 1920er Jahre zur Bürokratisierung in der UdSSR. Nach Lenins Tod 1924 stellte Stalin zum ersten Mal seine Theorie vom „Sozialismus in einem Lande“ auf, eine klare Abwendung von den Prinzipien des revolutionären Internationalismus unter Lenin. Diese Wende drückte einen scharfen Schwenk nach rechts sowohl in der internen russischen Politik als auch in der Politik der Komintern aus. Gegen diese Entwicklungen wurde die Linke Opposition unter Trotzki Führung organisiert.

Von der Linken Opposition vorgeschlagene Politik der Industrialisierung Russlands durch eine Serie von Fünfjahresplänen wurde von Stalin abgelehnt. In Russland galt damals die Politik, die reichen Bauern und Kleinkapitalisten zu fördern. Auch die Politik der Komintern wurde nun weit nach rechts gedrückt, um neue - bürgerliche - Verbündete für die Sowjetunion zu finden. Deswegen erlitten die ArbeiterInnenbewegungen in mehreren Ländern große Niederlagen und die KP verlor stark an Einfluss bei den Massen. Die Niederlagen stärkten die Stellung der Bürokratie in der Sowjetunion. Die Linke Opposition unter Trotzki Führung wurde 1927 aus der Bolschewistischen Partei und der Komintern ausgeschlossen.

möglich, die zerstört werden mussten.

Während der beispiellosen Rezession von 1929-33 konnten die tatsächlichen Faschisten eine Massenbasis in Deutschland aufbauen. Im Gegensatz zu den TrotzkiInnen, die sich für eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten gegen Faschismus aussprachen, bekämpften Stalin und die Komintern immer wieder die Sozialdemokratie als den „Hauptfeind“ der ArbeiterInnenklasse.

Im Jänner 1933 war daher Hitler die Machtergreifung ohne jede organisierte Opposition möglich, in einem Land mit der am höchsten organisierten ArbeiterInnenklasse und der stärksten KP außerhalb Russlands. KPD und Sozialdemokratie zusammen waren die mächtigste Kraft in Deutschland.

1935-43: die Komintern als Gegner der Revolution

Aber wegen der Gefahr, die Hitler für die Sowjetunion darstellte, gerieten Stalin und die Bürokratie bald in Panik. Mit dem allerletzten Kongress der Komintern wurde 1935 die „Volksfront“ mit bürgerlichen Kräften zur neuen Politik der Komintern. Die Moskauer Prozesse, die Ermordung der alten Bolschewiki, die Säuberungen, Morde und Exilierungen von Zehntausenden russischen kommunistischen ArbeiterInnen haben die stalinistische Konterrevolution in der Sowjetunion vollendet. In anderen Ländern ist der Stalinismus bald zum Gegner von ArbeiterInnenrevolutionen geworden. In Frankreich und Spanien spielte die Komintern bei der Zerstörung der Revolution, die erreichbar gewesen wäre, die Hauptrolle.

Ironischerweise wurde der Zweite Weltkrieg 1939 von einem Pakt zwischen Hitler und Stalin eingeleitet. Dann führte die Komintern eine Kampagne für den Frieden im Interesse Hitlers. Mit dem Einmarsch der Nazis in die Sowjetunion 1941 musste sich Stalin plötzlich in eine Fußmatte für den westlichen Imperialismus verwandeln, und 1943 wurde auf Verlangen der USA die Komintern schließlich aufgelöst.

Die Komintern zeigt die Notwendigkeit der internationalen Organisation der ArbeiterInnenklasse - aber auch die Fehler, wenn eine solche Organisation nicht demokratisch, sozialistisch und internationalistisch bleibt.

*Der Artikel beruht auf einer Broschüre des britischen Sozialisten Ted Grant. Sie kann über die Redaktion bestellt werden.



Vor 90 Jahren:

Ansätze einer neuen Gesellschaft entstehen

von Lisa Wawra, SLP-Wien

Was könnte sozialistische Demokratie bedeuten? Nach der Pariser Commune im 19. Jahrhundert gibt vor allem ein Phänomen, welches massiv am Ende des Ersten Weltkrieges in Europa auftrat, Aufschluss darüber, wie eine neue, alternative und sozialistische Gesellschaft – zumindest in ihrer Keimform – aussehen könnte: Die ArbeiterInnenräte. Die ersten Räte, oder Sowjets, entstanden bereits während der – gescheiterten - russischen Revolution von 1905. Ihre Aufgabe war nicht nur die Bewegung demokratisch zu organisieren, sondern auch bereits die Kontrolle in den Betrieben und der Versorgung zu übernehmen. Die Februarrevolution 1917 knüpfte von selbst wieder an diese Tradition an. Mit der internationalen revolutionären Welle, welche die russische Revolution auslöste, machte dieses Beispiel in ganz Europa Schule. Auch Österreich bildet hier keine Ausnahme – im Gegenteil.

Österreich 1918: Revolutionäres Zentrum in Europa

Die Entwicklung der österreichischen Arbeiterräte beginnt am 15. Jänner 1918, dem zweiten Tag des großen Jännerstreiks. Die Räte wurden in erster Linie zur Organisation des Streiks, sowie grundlegender Dinge, wie Lebensmittelversorgung usw. gebildet. Wichtig für die spätere Entwicklung der ArbeiterInnen- und Soldatenräte und -Bewegungen waren nicht zuletzt auch heimgekehrte Kriegsgefangene aus Sowjetrußland, die dort revolutionärpolitisch geprägt wurden und diese Erfahrung in die österreichische ArbeiterInnenbewegung tragen konnten. Die Gründe für diese riesige Streikbewegung waren

- Akuter Nahrungsmangel während des Krieges
- Militarisierung der Betriebe
- unmenschliche Arbeitsbedingungen
- Aussichtslosigkeit des Krieges
- Einschränkung bzw. vollständige Beseitigung grundlegender Rechte der Bevölkerung
- Enorme Teuerung von Lebensmitteln

Die Regierung, die Sozialdemokratie sowie die Gewerkschaften waren nur am Beginn des Streiks ratlos, wie man dieser neuen Entwicklung begegnen könne. Appelle die Arbeit wieder aufzunehmen, verhallten ungehört. Die Führung der österreichischen Sozialdemokratie reagierte darauf hin flexibel: Sie entsandte ihre eigenen Leute in die Räte, um dadurch die Bewegung unter Kontrolle zu bringen. Ein entscheidender Grund dafür lag in der Schwäche und Unorganisiertheit der Linken innerhalb der Rätebewegung. Vor allem eine Partei, wie die Bolschewiki in Russland, welche klar die ganze Macht für die Räte und ihre Organe forderte, gab es erst in Ansätzen (die KPÖ wurde erst im selben Jahr gebildet und blieb vorerst relativ bedeutungslos). Die konsequentesten Kräfte gab es im Epizentrum des Streiks, Wr. Neustadt. Hier wurde der Rat von den radikalsten ArbeiterInnen, die revolutionäre Ansichten vertraten,

maßgeblich geprägt, während im übrigen Österreich, vor allem in Wien, die „alte“ Sozialdemokratie rasch die Führung übernahm. Nach dem Jännerstreik verloren die neuen Organe rasch an Bedeutung, befassten sich hauptsächlich mit organisatorischen Dingen und wurden bürokratisch in den Staat bzw. die traditionellen Gewerkschaftsstrukturen integriert.

Mitten drin: Räterepubliken in Bayern und Ungarn

Nachdem Österreich zunächst das Zentrum der revolutionären Entwicklung gewesen war, verlagerte sich dieses in die Nachbarstaaten – Deutschland und Ungarn. Zuerst am 21. März 1919 in Ungarn, und kurz darauf am 5. April in München wurde die Räterepublik ausgerufen. 1200 Freiwillige gingen nach Ungarn und schlossen sich der dortigen Roten Armee an. Auch in anderen Ländern, wie der Ukraine, der Slowakei und sogar im Iran bildeten sich im Laufe des Jahres 1919 solche neuartigen Staatsformen. Die österreichische Sozialdemokratie antwortete auf die Aufforderungen der ungarischen GenossInnen: „Ihr habt an uns den Ruf gerichtet, Eurem Beispiel zu folgen. Wir täten es vom Herzen gern, aber zur Stunde können wir das leider nicht.“ Tatsächlich betrieben die Führer der SDAP – von Karl Renner bis Otto Bauer – in der Regierung längst „nationale“ Interessenspolitik und waren um ein gutes Verhältnis zu den Westmächten (nicht zuletzt wegen des Burgenlandes, welches damals noch bei Ungarn war) bemüht. Die Räterepubliken – ohne das österreichische Bindeglied isoliert - hielten dem inneren und äußeren Druck nicht lange stand. Am 2. Mai 1919 wurde die Münchner Räterepublik von den antibolschewistischen und rechtsradikalen Freikorps, die die Sozialdemokratie gegen Revolutionäre einsetzte, blutig niedergeschlagen. Auch die ungarische Räterepublik wurde, auch mit Hilfe ausländischer Truppen, im August 1919 wieder aufgelöst.

Anhand dieses Beispiels sieht man, dass es sich bei der Rätebewegung um eine der substantiellsten revolutionären Entwicklungen in der ArbeiterInnenklasse handelt. Sind bestimmte Bedingungen erfüllt, kann sich solch eine Bewegung sehr schnell – quasi von selbst - vollziehen. Die Entwicklung der Rätebewegungen zeigen aber auch, dass diese stets ein Feld der politischen Auseinandersetzung waren, in welches unterschiedliche politische Gruppen und Zugänge mehr oder weniger gezielt intervenierten. Die Räte daher ihr systemüberwindendes Potential ausschöpfen können, hängt nach den historischen Erfahrungen, letztlich von der Existenz und Stärke der organisierten revolutionären Kräfte ab. Auch wenn die Rätebewegung in Zentraleuropa aufgrund der Stärke der organisierten reformistischen Kräfte – also jener, die keine Revolution wollten – gescheitert ist, war ihre Wirkung enorm. Sie mündete nicht zuletzt in der Bildung neuer, kommunistischer, Parteien, welche sich binnen weniger Jahre im Rahmen der ebenfalls 1919 gebildeten Kommunistischen Internationale zu Massenkräften entwickelten.

Erfolgreiche Großveranstaltungen gegen Rassismus und Krise: Zeigt Graf die Rote Karte



von Michael Gehmacher und Sebastian Kugler, SLP-Wien

Das Wochenende 24./25.1. war voller Aktionen und Debatten. Unter dem Motto: „Linke Antworten auf Rassismus und Wirtschaftskrise“ war einiges los. Am Samstag den 24.1. luden die gesperrten SpielerInnen des FC Hellas Kagan, Margarita und Lucia Dölller sowie Irene Müller, zum antirassistischen Fußballabend. Unterstützt wurde das Turnier von der Bundesfachgruppe Schiene der Gewerkschaft VIDA (also Teilen der alten EisenbahnerInnengewerkschaft), dem Gewerkschaftlichen Linksbund, JRE, dem Mauthausen Komitee Österreich, der Sozialistische Jugend Wien und der SLP. Bewerbung und Organisation wurden unter anderem von SLP-Mitgliedern übernommen. Ziel des Wochenendes war es, sich mit linken Antworten auf Rassismus und Wirtschaftskrise auseinander zu setzen. Außerdem wurde ein gemeinsamer Auftakt zu den wichtigen antifaschistischen Mobilisierungen im ersten Halbjahr 09 gesetzt – denn für März (Wien), April (Braunau) und Mai (Linz) planen Rechtsextreme und Neonazis Aufmärsche. Ein Umstand den wir nicht widerstandslos hinnehmen können.

Das Turnier

Im antifaschistischen Kampf hält die SLP eine möglichst starke Einheit der verschiedenen linken und ArbeitnehmerInnenorganisationen für notwendig. Beim Fußballturnier ist das weitgehend gelungen! Über 110 SpielerInnen beteiligten sich in 15 Teams. Der Andrang war so groß, dass im Vorfeld Teams abgewiesen werden mussten.

Die 15 Teams wurden von einigen politischen Organisationen (SJ, KI, SLP) gestellt, aber v.a. von „unorganisierten“ AntifaschistInnen („ACDC“,

me Rechte weiter gestärkt wird. Sie betonte weiterhin die Notwendigkeit eines aktiven Antifaschismus und machte klar „ich hätte das nicht machen können, wenn ich nicht organisiert wäre“. Der grüne Stadtrat David Ellensohn nahm zur Frage Stellung, ob bzw. inwieweit seiner Meinung nach eine parlamentarische Zusammenarbeit mit Parteien wie der FPÖ möglich ist. Einige GrünsympathisantInnen im Publikum

ren. In dieser Situation fällt es FP-Politikern wie Martin Graf leicht, verschiedene Traditionsvereine zu übernehmen. Die Solidaritätsaktion von Spielern des FC Union Mauer, von der Sebastian Kugler berichtete, wurde mit einem besonderen Applaus bedacht. Dass der Wiener Fußballverband vier Spieler sperrt, weil sie sich mit den suspendierten Hellas-SpielerInnen solidarisiert haben, wurde als besonders dramatisch hervorgehoben.

Der Kongress

Sonntag der 25.1. war ein Tag voll politischer Informationen und Debatten im traditionsreichen Saal der ATIGF in der Wielandgasse in Wien Favoriten.

Eröffnet wurde der Kongress mit einer Dia-Show von den Anti-Strache-Protesten in Salzburg vom 23.1.09 (der ORF sprach von 200 Teilneh-

schenschaften und Nazi-Organisationen aufzeigte und den Einfluss und die Gefahr dieser Organisationen betonte.

Besonders wichtig waren hier die Arbeitskreise, die sich mit linken Alternativen zu Rassismus, Krieg und Kapitalismus beschäftigten. So wurde im Arbeitskreis zum Nahen Osten über den gemeinsamen Kampf von palästinensischen und israelischen Jugendlichen und ArbeiterInnen diskutiert. Eine sozialistische Föderation mit einem sozialistischen Israel und einem sozialistischen Palästina ist notwendig für einen dauerhaften Frieden, ohne Unterdrückung einer Volksgruppe. In den Arbeitskreisen zur Wirtschaftskrise ging es um eine Auseinandersetzung mit den Ursachen und Lösungsmöglichkeiten. Die TeilnehmerInnen betonten, dass sie eigentlich nicht auf „Lösungen“ wie Keynesianismus oder einen besseren Kapitalismus setzen, sondern für eine andere Gesellschaft eintreten.

Der Startschuss

Zum Abschluss ging es um das „wie weiter“. Im Zentrum stand hier die beginnende Mobilisierung gegen die Naziaufmärsche in Braunau (April) und Linz (Mai) und gegen die mögliche rassistische Mobilisierung in Wien im März. „Es



„Lebensmensch“ u.a.). Auch die Fußballzeitschrift Ballesterer stellte ein Team. So gingen ÖsterreicherInnen, KurdInnen, TürkInnen, PalästinenserInnen und Menschen anderer Herkunft gemeinsam gegen Rassismus aufs Spielfeld. Mit dem Team „Lebensmensch“ gewann ein linkes Freundes- team, die türkisch/kurdische ATIGF erreichte den 2. Platz.

Unterstützt wurden die SpielerInnen von rund 50 ZuschauerInnen und einem Spielkommentator aus den Reihen der SLP. Austragungsort war das neue Sportzentrum des jüdischen Sportverbandes Hakoah in Wien Leopoldstadt. Politisch eröffnet wurde das Turnier durch Ansprachen der gesperrten Hellas-SpielerInnen Margarita Dölller und Irene Müller. Am Schluss des Turniers stand eine kurze Rede des griechischen Sozialistischen Giannos Nikolaos. Die Siegerehrung wurde durch den Widerstandskämpfer und langjährigen Vorsitzenden der sozialistischen Freiheitskämpfer, Hugo Pepper, vorgenommen.

Die Debatte

Gleich im Anschluss gab's eine Podiumsdiskussion zum Thema Rechtsextremismus und Fußball am Beispiel Hellas Kagan. Mit über 60 BesucherInnen war der Raum überfüllt. Margarita Dölller strich in ihren Statements hervor, dass die aktuelle Wirtschaftskrise und das Fehlen einer linken Alternative die Gefahr birgt, dass die extre-



forderten unter anderem einen grünen Fußballklub. Der Rechtsextremismusexperte Wolfgang Purtscheller gab einen Einblick in die momentane Struktur der rechtsextremen Szene und ihre Versuche, sich in Fanclubs zu verankern. Er wies diesbezüglich darauf hin, dass nicht wie früher Nazis bei Rapid, sondern heute stärker bei der Wiener Austria agieren. Georg Spitaler vom Ballesterer betonte, dass die Organisatoren der radikalen Fanclubs von Rapid und Austria, insbesondere die Rapid Ultras, versuchen, sich von Rechtsextremen abzugrenzen. Werner Rabbe, Geschäftsführer des sozialdemokratischen Sportverbandes ASKO wies darauf hin, dass in den letzten Jahren der Breitensport finanziell ausgehungert wird. In Wien liegt die Sportförderung bei gerade einmal 2.- pro Jahr und Mitglied. Viele Vereine stehen vor dem finanziellen Aus bzw. Überleben nur, weil einige FunktionärInnen nicht nur ihr Herzblut sondern auch Teile des eigenen Geldes in den Verein investie-



merInnen). Für große Heiterkeit sorgte ein Diabericht vom Fußballturnier und ein kurzer Fernsehbeitrag zu den Suspendierungen bei Hellas.

Giannos Nikolaos berichtete über die Jugendproteste in Griechenland und ihre Internationale Bedeutung. Außerdem gab es Arbeitskreise zur Wirtschaftskrise, zur Situation in Griechenland, in der Türkei und einen Rechtsextremismus Arbeitskreis mit einem Experten des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes der sehr detailliert die Verbindungen zwischen FPÖ, Bur-

war ein verdammt anstrengendes Wochenende, hat aber viel politische Klarheit und viel Schwung für die Frühjahrsarbeit gebracht“ meinte ein Teilnehmer in einem abschließenden Beisegespräch.

Bilder:

Bild 1: Margarita Dölller (rechts hinten), Lucia Dölller (mit Ball) und Irene Müller (links vorne) | Bild 2: Das SLP-Team konnte sich leider selten durchsetzen. Im Bild Harry Mahrer im dunklen Dress. | Bild 3: Pokalübergabe durch Prof. Hugo Pepper | Bild 4: Das Politische kam am ganzen Wochenende nicht zu kurz.

Seltsamer Kniefall des ORF vor der FPÖ

WWie Rechts ist Österreich – unter diesem Motto veranstaltet der ORF am 04.02.2009 eine „Club 2“ Sendung. Doch wie rechts ist Österreich wirklich? „Offensichtlich ist die FPÖ und die Burschenschaftlerriege um Martin Graf so stark, dass sich der ORF von ihnen das Programm diktieren lässt.“ – mit diesem Kommentar reagierte Margari-

ta Dölller, suspendierte Fußballerin bei FC Hellas Kagan und SLP-Mitglied, auf ihre Ausladung aus dem genannten Club 2. In einer FPÖ Presseausendung wurde dem ORF gedroht, „dass wir das [Einladung von Margarita Dölller, Anm.] zu einem massiven Thema im Stiftungs- und Publikumsrat machen werden. Eine derartige Vorgangsweise

kann weder demokratie- noch medienpolitisch akzeptiert werden.“ (http://fpoe.at/index.php?id=477&backPID=390&tt_news=27315)

Soweit die FPÖ. Die Drohung hat offensichtlich gewirkt. Margarita Dölller hat eine schriftliche Einladung, wurde aber am Abend kurzerhand ausgeladen. Stattdessen diskutierten Rechts-außen-Vertreter wie Mölzer und Höbelt.

Privat-TV auch nicht besser

Nicht der erste Fall dieser Art: auch bei Puls 4 war Margarita Dölller zum Talk of Town zum Thema Martin Graf eingeladen. Und wurde ausgeladen, weil Graf nicht bereit war, mit ihr im gleichen Studio zu diskutieren. Sehr mutig Herr Graf...

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ
jeweils Montag, 18.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH
nicht regelmäßig,
Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG
Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt
SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

WIEN
Jugend-Gruppe
jeden Montag um 18.30,
Amerlinghaus, 7., Stifftgasse 8,
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West
jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Gasthaus "Zypresse",
7., Westbahnstrasse/Kaiserstrasse,
(Nähe Urban-Loritz-Platz)

SLP Wien-Nord
jeden Donnerstag um 18.30 Uhr,
Pizzeria La Piazza, 20., Gausplatz 7
(3ter Gausplatz, U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Süd
jeden Donnerstag um 19 Uhr,
Rüdigerhof, 5., Hamburgerstraße 20,
(U4 Pilgramsgasse)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
"Abo" nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld.
Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

SLP & CWI im Internet:
Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI
www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI
www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)
www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)
www.chinaworker.org

Páginas del CJC/CWI en español
www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



Neues aus dem CWI



Britannien: Streikwelle der Bauarbeiter

Die Streiks von Baufacharbeitern in Ölraffinerien und Kraftwerken, die sich auf 22 Baustellen im ganzen Land ausgeweitet haben, sind eine der bedeutendsten Streikwellen in letzter Zeit. Sie haben sich großartig über die Antistreibgesetzgebung hinweggesetzt und die Gesetze bezüglich Urabstimmungen und Streikposten ignoriert, um ihr Recht wahrzunehmen, Regierung und Arbeitgeber die Meinung zu sagen und Änderungen zu fordern. Die Medien haben sich auf die Parolen mancher Streikenden konzentriert, die sagten: „Britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter“ und teilweise oder sogar überwiegend eine Reaktion auf dieselbe nationalistische Phrase war, die Gordon Brown benutzte. Auf dieser Grundlage haben manche auf der Linken die falsche Schlussfolgerung gezogen, dass dies reaktionäre Streiks seien. Durch die prinzipientreue Führung des Lindsey-Streikkomitees, in dem die Socialist Party eine Rolle spielte, nahmen die Massenversammlung eine richtige Klassenposition von „Gewerkschaftsrechten für alle ArbeiterInnen“ an und machten das zum vorherrschenden Charakter des Streiks. Zu den aufgestellten Forderungen gehört, dass die nationalen Tarifverträge, die Löhne und Arbeitsbedingungen wie angemessene Pausenregelungen grundsätzlich regeln, für alle ArbeiterInnen auf diesen Baustellen gelten müssen. Die EU-Gerichte „haben diese Vereinbarungen als Handelshemmnis bewertet.“ Die EU-Gerichte haben praktisch den Arbeitgebern Grünes Licht gegeben, gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen durch unorganisierte ArbeiterInnen zu ersetzen. Das passiert bei der Lindsey-Raffinerie in Lincolnshire und davor beim Staythorpe-Kraftwerk in Newark, Nottinghamshire. Die britischen Baufacharbeiter gehören zu den bestorganisierten ArbeiterInnen in Britannien. Sie wissen, dass nicht die italienischen ArbeiterInnen ihre Feinde sind, sondern die Bosse, die die ArbeiterInnen entlang nationaler Linien zu spalten versuchen, wenn es ihnen in den Kram passt. Die italienischen Minister, die sich über „englischen Rassismus“ beschwerten, sind dieselben, die die Polizei und Armee einsetzen, um Roma aus den Straßen von Rom zu vertreiben.

www.socialistworld.net

Die Wahl ist vorbei, der Krieg geht weiter

Jan Rybak berichtet aus Tel-Aviv.

Die Wahlen zur Knesset am 14. Februar brachten einen dramatischen Rechtschwenk. Die konservativen bis rechtsextremen Parteien dominieren das israelische Parlament mit einer klaren Mehrheit. Das bedeutet nicht nur für die palästinensische Bevölkerung eine Verschlechterung ihrer Situation, sondern bringt auch massive Gefahren für die israelische ArbeiterInnenklasse und die Jugend. Der Likud von Benjamin Netanyahu und die rechtsextreme Jisra'el Beitenu um Lieberman zeichnen sich nicht nur durch menschenverachtenden Zynismus gegenüber den PalästinenserInnen aus, sondern bedrohen die soziale Sicherheit und die Lebensgrundlage von hunderttausenden Israelis.

Keine Sicherheit durch das Sterben im Gaza

Die Wahlen fanden vor dem Hintergrund des israelischen Einmarsches in den Gazastreifen zum Jahreswechsel statt. Das Sterben in Gaza brachte den nationalistischen Kräften den nötigen Auftrieb für die Wahlen. Die Sicherheit der israelischen Bevölkerung kann dadurch nicht garantiert werden - im Gegenteil. Auch nicht durch die massive Präsenz von Polizei, und Sicherheitsdiensten auf den Stras-

sen. "Die Bar in der ich arbeite wurde schon zwei Mal von Selbstmordattentätern angegriffen." berichtet David, ein Kellner in der Bar Mike's an der Uferpromenade von Tel-Aviv. "Aber Bombenangriffe auf palästinensische Schulen und Krankenhäuser werden das in Zukunft auch nicht verhindern können."

Repression gegen die Antikriegsbewegung

Die Repressionen gegen die Antikriegsbewegung in Israel selbst waren brutal. Ca. 9.000 Menschen demonstrierten in Tel-Aviv gegen den Krieg. Die Demonstrationen wurden von rechtsextremen Lieberman-Anhängern attackiert. "Die Polizei hat die Angreifer geschützt, als sie auf uns losgegangen sind. Die Presse hat dann behauptet die Gewalt würde von uns, den 'Verrätern im eigenen Land', der 'fünften Kolonne der Hamas' ausgehen" berichtet Alessa, die an den Demonstrationen teilgenommen hat.

Gegen die Spaltung!

Die israelische wie die palästinensische ArbeiterInnenklasse und die Jugend haben von ihren jeweiligen Eliten nichts zu erwarten. Auch wenn die Wahlen geschlagen

sind, Krieg und Besatzung gegen die PalästinenserInnen gehen weiter. Die einzige linkere Kraft in der Knesset, die Meretz, hat es sträflich verabsäumt eine klare Oppositionshaltung gegen den Krieg einzunehmen. Das hat nicht nur viele Menschen von ihr politisch entfremdet, sondern auch dazu geführt, dass sie eines ihrer Parlamentsmandate verloren hat. Eine echte linke Alternative ist notwendig, die gegen die Spaltung der ArbeiterInnenklasse auftritt. Gemeinsamer Widerstand von PalästinenserInnen und Israelis gegen Krieg, Terror und Besatzung ist notwendig.

CWI-Israel:
www.maavak.org.il
CWI-Libanon: cwi-libanon.blogspot.com

Wird Zwentendorf jetzt angeworfen?

Europäische Atomlobby in der Offensive – welcher Weg führt aus der Gaskrise?

von Wolfgang Fischer,
SLP-Wien

Der russisch-ukrainische Gasstreit und die damit ausgelöste Energiekrise in der EU Ende 2008/Anfang 2009 hat der EU-Atomlobby massiven Rückenwind verschafft. Die noch vor wenigen Jahren propagierten Ausstiegsszenarien sind vorerst vom Tisch. Liegt im Ausbau von nuklearen Energiequellen die Zukunft?

Der Streit zwischen Russland und der Ukraine begann erstmals im März 2005. Im Mittelpunkt des Konflikts stehen seit der ukrainischen Gasschuldenzahlung an die Gazprom, Preiskonditionen und Lieferbedingungen an die Ukraine und die Fragen des Transits nach Europa.

Am 1. Jänner 2009 eskalierte der Streit, Gazprom drehte den Gashahn zu. Innerhalb weniger Tage kam es in der EU zu massiven Lieferengpässen. In Bulgarien, Griechenland oder Tschechien froren die Menschen bei bis zu -20°C.

Die Kontroverse steht einerseits in Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise und der Zahlungsunfähigkeit der Ukraine. Sie reflektiert aber auch den Machtkampf zwischen dem russischen Militärblock und der Annäherung

der Ukraine an die NATO.

Auf EU-Ebene wurden der Ruf nach einer Versorgungssicherheit und Energieunabhängigkeit laut, die „Atomlobby“ propagierte den Ausbau nuklearer Technologien als Universallösung.

„Saubere“ Kernenergie?

Argumentativ wird oft die billige Energieproduktion und die bessere Klimabilanz von Atomkraftwerken (AKWs) gegenüber z.B. Kohlekraftwerken vorangestellt. Ohne massive Subventionen durch den EU-Atomfördervertrag (EURATOM), von der EU-Steuermilliarden in Forschung und Entwicklung sowie Kreditvergabe für AKW-Betreiber fließen, hätte der Ausbau von derzeit EU-weit 155 AKWs nie stattgefunden.

Gleichzeitig werden jedoch die ökologischen Kosten des Uranerzabbaus, das ungelöste Problem einer sicheren Endlagerung der abgebrannten Brennstäbe oder die Gesundheitsschäden der Bevölkerung in der Kosten-Nutzen-Analyse ausblendet.

Zahlreiche Störfälle vor und nach dem Super-GAU in Tschernobyl, wie etwa in Selafiel/GB (1957 - Reaktorbrand, 2005 - Austritt radio-

aktiver Flüssigkeit) oder in Krümmel/D (2007 - Brand) korrelieren mit dem Anstieg von Leukämieerkrankungen in der lokalen Bevölkerung und belegen die potentielle Bedrohung der Umwelt durch diese Technologie.

Hinter den AKW-Befürwortern stehen die Profitinteressen der Energiekonzerne (EON, RWE, Vattenfall, ...) sowie jene der Technologielieferanten wie etwa der SIEMENS AG.

Atomwaffen beziehungsweise die Option auf eine weitere nukleare Aufrüstung – das ist ein angestrebtes Nebenprodukt der Energieversorgung mit Atomstrom.

Neuaufgabe Zwentendorf?

Die deutsche Atomlobby hat in Bundeskanzlerin Merkel eine Vorkämpferin für ihre Interessen gefunden. Der noch unter Rot-Grün beschlossene „Atomaustieg“ bis 2030 (!) ist vom Tisch, der Neubau zusätzlicher AKWs fixiert.

Am 11.1.09 hat die Slowakei die Wiederinbetriebnahme des 2008 stillgelegten Atomkraftwerk Jaslovské Bohunice beschlossen, einem Uralt-Reaktor sowjetischer Bauart erster Generation knapp 100 km östlich von Wien.



1979 wurde die Inbetriebnahme des fertig gestellten AKW Zwentendorf durch eine Volksabstimmung verhindert. Auch wenn die jetzige Inbetriebnahme nicht wirklich zur Diskussion steht, so ist mit der Marktliberalisierung und dem Ausverkauf der Anteile der steirischen Energie AG (EstAG) an den französischen Atomstromkonzern EDF die Atomlobby auch in Österreich präsent.

Weg aus der (Energie-)Krise?

Die Gaskrise Anfang 2009 reflektiert die Verschärfung der imperialistischen Widersprüche und den Versuch des europäischen Kapitals, die Abhängigkeit vom russischen Erdgas zu reduzieren (z.B. Nabucco-Pipeline-Projekt).

Sie spiegelt aber auch die Unfähigkeit der Kapitalisten wider, auf die Folgen von unkontrolliertem Wachstum, die

Zerstörung unserer Umwelt und die damit einhergehenden sozialen Krisen passende Antworten zu geben.

Statt einer Energieerdebatte, die sich um Einsparungspotentiale, Entwicklung nachhaltiger Technologien und öffentlicher Investitionen im Bereich Verkehr und Wohnen dreht, wird versucht, durch das Hintertürchen die Kernenergieerzeugung wieder ‚en vogue‘ zu machen.

Es gibt einen möglichen Weg, Energiekrisen, Umweltzerstörung und damit einhergehende soziale und politische Probleme zu lösen und sich so an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren: dieser Weg liegt in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise und deren Ersatz durch eine sozialistische Planwirtschaft, die demokratisch kontrolliert und bedarfsorientiert ausgerichtet ist.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

NAZI-AUFMÄRSCH gemeinsam stoppen!

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 179

März 2009

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung, Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitrag zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.



Salzburg - Wien - Braunau - Linz: Die Naziszene versucht verstärkt, öffentlich aufzutreten. In den nächsten Monaten sind eine Reihe von Aufmärschen aus der rechten Szene geplant. Um diese zu stoppen gilt: Jetzt aktiv werden!

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Die Aktivitäten aus der Neonazi-Szene häufen sich. 2006-07 haben rechtsextreme Straftaten um 43 % zugenommen (Quelle: Verfassungsschutzbericht 2008). Nach dem Wahlsieg der extremen Rechten bei den letzten Wahlen, den Freisprüchen der Aktivisten des neonazistischen BFJ in OÖ und der fortschreitenden Integration von Rechten wie Graf gibt es zusätzliches Selbstbewusstsein in der Szene.

Februar: Rechten Auftrieb in Salzburg stoppen

Am 26. Februar findet die Abschlussveranstaltung der FPÖ für die Salzburger Wahlen statt. Bei einer der letzten derartigen Veranstaltungen haben im Anschluss Nazis, die vorher noch Strache zugejubelt hatten, AntifaschistInnen gewaltsam angegriffen und verletzt. Neonazis sind immer häufiger auf Veranstaltungen der FPÖ anzutreffen, und stören die Veranstalter offensichtlich nicht. Uns schon - wie auch die rassistische Hetze der FPÖ. Daher kommt zur antirassistischen Demonstration am 26.2. in Salzburg.

März: Naziaufmarsch in Wien stoppen!

Rechtsextreme und Nazis greifen bewusst sensible Themen des Zusammenlebens auf (Stichwort: Moscheen in Wohngebieten) und verbreiten rassistische Hetze. Oft gelingt es ihnen, die ursprünglichen Themen wie Parkplatzsorgen oder Angst vor Lärm, in den Hintergrund zu drängen und einen angeblichen "Kampf der Kulturen" ins Zentrum zu rücken.

So geschehen in Wien 20, wo es heftige Debatten um die Frage des Ausbaus des Islamischen Zentrums gibt. Tatsache ist, dass die "Bürgerinitiative" kein Problem damit hat, dass ihre Homepage nach eigenen Aussagen von der FPÖ finanziert wird. Und dass bei der von der "Bürgerinitiative" organisierten Demonstration am 13.9.2007 nicht nur Strache, sondern auch rund 120 Neonazis aus ganz Österreich marschierten.

Deutlich ist, dass es bei all diesen Debatten - Telfs, Linz, Kärnten etc. - darum geht, auf dem Rücken der muslimischen MitbürgerInnen politische Stimmung zu machen. Können die herrschenden Parteien doch so von den

brennenden Problemen wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Probleme - an denen sie, nämlich die etablierten Parteien, schuld sind - ablenken.

Nun verkündet die "Bürgerinitiative" im März gemeinsam "mit Bürgerinitiativen aus ganz Österreich eine DEMO vor dem Rathaus." Die Nazi-Szene beginnt schon fleißig zu mobilisieren. Und es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass die "Bürgerinitiative" damit ein Problem hat. 2007 hat sie nicht versucht, das Verteilen von Nazi-Pickerln und Flugblättern, das Brüllen von Nazi-Sprüchen wie "hier marschieren der nationale Widerstand" oder die Belästigung und Einschüchterung von MigrantInnen im Zuge der Demonstration zu verhindern.

Zur Zeit ist nicht bekannt, wann genau die Demonstration stattfinden wird. Trotzdem beginnt die SLP gemeinsam mit anderen AntifaschistInnen mit der Mobilisierung für eine starke, antirassistische und antifaschistische Demonstration. Sollte die "Bürgerinitiative" die Demonstration nicht durchführen - um so besser. Wenn aber doch - dann gilt es, diese zu stoppen.

18. April: Naziaufmarsch in Braunau stoppen

Braunau am Inn, die Geburtsstätte von Hitler, war immer schon ein Wallfahrtsort für Nazis. Nun versucht die NVP dort am 18.4. - also zwei Tage vor Hitlers Geburtstag einen Aufmarsch zu organisieren. Die NVP, eine 2007 gegründete rechts-außen Partei rund um den ehemaligen Anführer der neonazistischen Gruppen Kameradschaft Germania und Nationaldemokratisches Aktionsbüro (NDAB), Robert Faller bekennt sich u.a. zum "Deutschtum" und zur "Volksgemeinschaft". Gerade wegen der geografischen Nähe zu Deutschland und der dort besonders aktiven und gefährlichen Naziszene ist eine starke antifaschistische Demonstration in Braunau notwendig - und zwar am 18. April 2009 um 13.00.

1. Mai 2009: Naziaufmarsch in Linz stoppen

Dieselbe NVP versucht auch, die Unsicherheit angesichts der Wirtschaftskrise und die Angst vor Jobverlust zu nutzen, um am 1. Mai in Linz aufzumarschieren. Gerade in Linz, wo

auch der BFJ aktiv ist, würde ein Aufmarsch der NVP - geplant unter dem Motto "frei-sozial-national: gegen Globalisierung und Kapital" - zu einem Sammelpunkt für Ultra-rechte und Neonazis verschiedener Strömungen werden. Nicht zuletzt hält auch die FPÖ traditionell in Linz am 1. Mai eine Veranstaltung ab. Dass die Rechten versuchen, sich diesen traditionellen Tag der ArbeiterInnenbewegung unter den Nagel zu reißen ist nur angesichts der Schwäche der Linken möglich. Denn die extreme Rechte hat nichts übrig für die Rechte der ArbeiterInnen - wo immer sie an der Macht waren haben sie die Löhne gedrückt, GewerkschafterInnen verfolgt und Streiks verboten.

In Linz gibt es ein breites Bündnis gegen den Naziaufmarsch. Das ist gut so. Nur darf es nicht bei Appellen bleiben. Es ist kein Verbot darauf, dass die Behörden den Naziaufmarsch verbieten - bzw. ein Verbot auch exekutieren. Die SLP ruft dazu auf, am 1. Mai in Linz eine starke, antifaschistische Demonstration zu organisieren.

Denn: Rassismus ist keine Lösung: Die Kapitalisten sollen zahlen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!